

„Für einen gerechten Frieden und den EU-Beitritt der Ukraine“

Beschluss der Landesversammlung vom 11. und 12. März 2023 in Reutlingen

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg, den die russische Föderation unter Führung von Präsident Putin gegen die Ukraine führt, und seine Folgen sind ein Moment der Wahrheit für Europa. Der Krieg macht auf das Brutalste deutlich, dass Russland die territoriale Souveränität seiner europäischen Nachbarn negiert und fordert die europäische Sicherheitsordnung heraus. Der Krieg brachte und bringt großes Leid über die Menschen in der Ukraine, zerstört deren Städte und Dörfer und zielt darauf ab, die ukrainische Kultur und Identität auszulöschen. Mehr als 4,8 Mio. Ukrainerinnen und Ukrainer (Stand 7. Februar) haben dem UNHCR zufolge europaweit temporären Schutz auf Basis der so genannten Massenzustrom-Richtlinie der EU oder ähnlicher Mechanismen erhalten.

- Wir unterstützen die Initiative der Ukraine für einen gerechten Frieden auf der Grundlage der Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine mit verbindlichen Sicherheitsgarantien.
- Wir begrüßen, dass die Europäische Union Sanktionsmaßnahmen als Reaktion auf den Angriffskrieg erlassen hat. Wir fordern, weitere zielgerichtete und wirksame Sanktionen zu prüfen mit dem Ziel, dem Regime von Präsident Putin die wirtschaftliche Grundlage für seinen Angriffskrieg zu entziehen.
- Wir unterstützen sämtliche Bemühungen zur Selbstverteidigung der Ukraine.
- Wir anerkennen, dass gerade die unmittelbaren Nachbarländer der Ukraine eine besondere humanitäre Leistung erbracht haben und immer noch erbringen, in dem sie eine große Zahl an Geflüchteten aus der Ukraine aufgenommen haben. Ausdrücklich anerkennen wir, dass Polen mit mehr als 1,5 Mio. Ukrainerinnen und Ukrainern, die unter temporärem Schutz stehen, den zahlenmäßig größten Anteil an der Beherbergung ukrainischer Geflüchteter leistet.
- Wir stellen fest, dass die Republik Moldau - eines der ärmsten Länder Europas - als unmittelbarer Nachbar der Ukraine besonders große Lasten zu tragen hat und daher auch in besonderer Weise der europäischen Solidarität bedarf. Baden-Württemberg ist mit der Republik seit vielen Jahren über die EU-Strategie für den Donauraum verbunden. Wir bitten die Landesregierung, die Republik Moldau weiter dabei zu unterstützen, die aktuellen Herausforderungen infolge der hohen Zahl von Geflüchteten, der Energiekrise und der Wirtschaftskrise zu meistern.
- Wir fordern, dass die Kriegsverbrechen lückenlos dokumentiert und aufgeklärt werden. Wir erkennen die außergewöhnliche Leistung der Ukrainerinnen und Ukrainer angesichts dieser Kriegsverbrechen an. Die Forderung nach Schaffung eines internationalen Sonderstrafgerichtshofs zur Ahndung dieser Kriegsverbrechen unterstützen wir ausdrücklich.
- Wir würdigen, dass die Ukraine in den letzten Jahren bereits Reformen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, zur Bekämpfung der Korruption und zur Modernisierung der Verwaltung durchgeführt hat. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierung von Baden-Württemberg auf, die Ukraine auf diesem Weg weiter zu unterstützen zum Beispiel durch Verwaltungspartnerschaften. Die Einrichtung einer Landespartnerschaft mit einem ukrainischen Oblast sollte ebenfalls geprüft werden.

- Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Europäische Rat am 23. Juni 2022 der Ukraine gemeinsam mit der Republik Moldau den Status eines Beitrittskandidaten erteilte. Wir fordern die Europäische Kommission auf, die Beitrittsverhandlungen zügig zu starten und konstruktiv zu führen. Dabei ist unbestreitbar, dass die Kopenhagener Kriterien vollumfänglich durch die Kandidatenländer zu erfüllen sind. Uns ist bewusst, dass der Weg in die Europäische Union mit hohen Hürden verbunden ist. Daher fordern wir, die Kandidatenstaaten bereits während der Beitrittsverhandlungen an bestimmten EU-Politiken (wie z.B. beratend in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik) teilhaben zu lassen, ihnen Zugang zu bestimmten EU-Programmen zu gewähren und ihnen bereits heute den größtmöglichen Zugang zum Europäischen Binnenmarkt zu gewähren. Abgeordnete aus den Kandidatenstaaten sollten bereits als Beobachter an der Arbeit des Europäischen Parlaments, im Ausschuss der Regionen sowie dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss teilhaben können. Zugleich warnen wir davor, dass die Beitrittsverhandlungen durch Partikularinteressen einzelner Mitgliedstaaten unterminiert oder blockiert werden. Dies würde die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union nachhaltig beschädigen. Wir erinnern an die Notwendigkeit von institutionellen Reformen in der EU.
- Wir begrüßen die Anstrengungen der Europäischen Kommission zum Wiederaufbau der Ukraine und stellen fest, dass es sich hierbei um eine Generationenaufgabe handelt.
- Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes haben in den zurückliegenden Monaten große Solidarität mit den Menschen der Ukraine gezeigt. Sie haben Geflüchtete beherbergt und haben zahlreiche Hilfsmaßnahmen für die Ukraine organisiert und finanziert. Dies ist Ausdruck eines gemeinsamen Werteverständnisses. Die Menschen in Europa halten in der Krise zusammen und unterstützen sich gegenseitig. Eine wichtige Rolle kommt hierbei den Kommunen zu. Städte, Gemeinden und Landkreise haben nicht nur die Unterbringung und Integration Geflüchteter organisiert, sondern auch eine große Zahl an unmittelbaren Hilfsmaßnahmen für die Ukraine umgesetzt. In den zurückliegenden Monaten sind zahlreiche neue Städtepartnerschaften und Solidaritätspartnerschaften zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen entstanden. Wir rufen die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Bundesregierung auf, das Potential kommunaler Partnerschaften beim Wiederaufbau der Ukraine und beim EU-Beitrittsprozess zu nutzen. Deutsche Kommunen können ihre ukrainischen Partner beim Wiederaufbau unterstützen. Gleiches gilt für Reformen, die im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt der Ukraine erforderlich werden. Die deutschen Kommunen und ihre Partnerschaftsorganisationen benötigen hierfür finanzielle Unterstützung durch die EU, den Bund und die deutschen Länder.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 31 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören derzeit 53 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD) und Evelyne Gebhardt (SPD) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Medienreferent
 E-Mail: daniel.frey@eubw.eu
 Webseite: <https://eubw.eu>